

Irina Brater
Zwickauerstraße 49
04639 Gößnitz / Thr.

Tel. 034493-31239/Fax 31856

Irina Brater - Zwickauerstraße 49 - 04639 Gößnitz / Thr
per E-Mail
Herrn Wolfgang Kleindienst

Gößnitz, den 17.02.2009
e-mail: Bratex@t-Online.de

***Betr.: Information zu einer Petition und offener Brief in der
Originalvorlage***

Sehr geehrter Herr Kleindienst,
wie heute bereits telefonisch besprochen, möchte ich Ihnen Kenntnis
von meinen Schreiben an den Thüringer Landtag geben, deren Thema als
Petition unter der Nr.: E-627/08-BE-488/08 geführt wird. Die Petition
wurde vom Ausschuß noch nicht beraten und die Stellungnahme der
Regierung steht noch aus.

Ich bitte um Informationen an Interessierte und wenn möglich um
Unterstützungsbekundungen bei Petitionsauschuß, falls dies möglich
wäre. Ich würde mich freuen.

Anbeiliegend übermittle ich Ihnen noch meinen offenen Brief an den
Ministerpräsidenten und die Regierung in der Originalschrift. Leider
wurde in der Zeitung nur ein kleiner Teil veröffentlicht.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen

T. Brater

Irina Brater
Zwickauerstraße 49
04639 Gößnitz / Thr.

Tel. 034493-31239/Fax 31856

Irina Brater - Zwickauerstraße 49 - 04639 Gößnitz / Thr
per Fax und E-Mail

SPD- Fraktion im Thüringer Landtag
Fraktionsvorsitzender
Herrn Christoph Matschie
Wahlkreisbüro
Markt 23

07743 Jena

Gößnitz, den 25.09.2008
e-mail: Bratex@t-Online.de

***Betr.: Meine Nachricht vom 18.08.2008 betreffend weitere
Benachteiligung und Enteignung der nicht nur finanzielle schwer
geschädigten Grundstückseigentümer an der innerörtlichen B 93
durch Abwälzung der Kosten unverzichtbarer Infrastruktur für die
Allgemeinheit auf Grund der Unterstellung imaginärer Vorteile***

Sehr geehrter Herr Matschie,
anbei übersende ich Ihnen mein Schreiben vom 24.09.2008 zur
Kenntnisnahme mit der Bitte um konstruktive Hilfe und Lösung des
Problems, Ihrer Wahlverantwortung, sowie Ihrem Amtseid und der
Thüringer Verfassung zum Wohle der Bürger entsprechend.

Mit freundlichen Grüßen



Irina Brater

Irina Brater
Zwickauerstraße 49
04639 Gößnitz / Thr.

Tel. 034493-31239/Fax 31856

Irina Brater - Zwickauerstraße 49 - 04639 Gößnitz / Thr

Per Fax und E-Mail
Freistaat Thüringen/Staatskanzlei
z.H. Herrn Ministerpräsidenten
Dieter Althaus persönlich
Regierungsstraße 73

99084 Erfurt

Gößnitz, den 23.09.2008
e-mail: Bratex@t-Online.de

Betr.: Mein Schreiben vom 13.08.2008 an Sie persönlich zum Thema weitere Enteignung der Grundstückseigner an der innerörtlichen B 93 in Gößnitz durch unfinanzierbare Abgaben/ Antwortschreiben der Thüringer Staatskanzlei vom 20.08.2008

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
mit Post vom 01.09.2008 erhielt ich das Schreiben der Thüringer Staatskanzlei, welches von einer Frau Sonja Schmidt unterzeichnet ist und mir mitteilt, dass mein Schreiben das an Sie persönlich gerichtet war, an das Thüringer Innenministerium weiter gereicht wurde.

Von dort bekam ich die Nachricht, dass mein Schreiben an die „zuständige Behörde“, nämlich das Thüringer Landesverwaltungsamt weiter geleitet wurde, mit der Ankündigung das Dasselbe dann weiter zum Landratsamt Altenburger Land, Fachdienst Kommunalaufsicht gereicht werden könnte.

Womit es dann bei der Behörde angekommen wäre, die kritiklos gebilligt hat, dass die Straßenausbaubeitragssatzung vom reichsten Bundesland auf das ärmste übertragen wird. Und bei der Behörde die keinerlei Interesse und Veranlassung hat, bzw. überhaupt die Möglichkeit hat ihre eigenen Entscheidungen anzuzweifeln oder zu revidieren!

Eine derartige Arbeitsweise der Verschiebepbahnhöfe von einem Amt zum Nächsten und von einer Behörde zur Anderen und von Schreibtisch zu Schreibtisch ist mir aus Thüringen bereits im Bezug auf die nunmehr seit 1 Jahrzehnt zum Nachteil der Anlieger ausstehende Ortsumgehung Gößnitz bestens bekannt. Und das sehe ich auch als Grund für derartige Fehlleistungen an, nämlich das Verschieben, bzw. Aussitzen oder Ignorieren von Fehlentscheidungen zu ungunsten, bzw. zum Schaden der betroffenen Bevölkerung und vom gesetzgebenden und entscheidungstreffenden Gremium weg zu Behörden die dazu weder in der Lage noch berechtigt sind politische Entscheidungen zu treffen, bzw. gesetzgeberisch einzugreifen.

Das ist ein Computerfax und auch ohne eigenhändige Unterschrift gültig. Sollte etwas unlesbar sein - bitte rufen Sie zurück Tel. 034493 31239. Achtung: Faxempfang ist nur nach Aufforderung möglich.

Es ist aber so, dass Sie und Ihre Regierung, bzw. die Abgeordneten des Landtages einen Amtseid abgelegt haben, ihre Ämter zum Wohle der Bevölkerung auszuüben und die Verfassung zu achten, die u.A. ein Benachteiligungsverbot enthält und das Eigentum garantiert und den Landtag u.A. zur Verwirklichung der Grundrechte der Bürger verpflichtet.

Dies möchte ich hiermit erneut im Bezug auf meine Anfrage und konstruktive Lösungen einfordern!

Ich möchte noch darauf verweisen, dass ich es als eine Verletzung meiner Grundrechte ansehe, dass mein Schreiben an Sie, das eindeutig adressiert war und persönliche Angaben enthält, die nicht für die allgemeine Weitergabe an die umfangreiche thüringer Behördenstruktur bestimmt war, sich nunmehr auf einer Odyssee durch thüringer Amtsstuben befindet.

Ebenso muss ich den Umgang mit der Verantwortung für das Wohl der Bürger in diesem Fall auf das Schärfste kritisieren und um Tätigwerdung bitten.

Bis zu Ihrer geschätzten Rückantwort verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen



Irina Brater

Irina Brater
Zwickauerstraße 49
04639 Gößnitz / Thr.

Tel. 034493-31239/Fax 31856

Irina Brater - Zwickauerstraße 49 - 04639 Gößnitz / Thr
per E-Mail und Fax
SPD-Landtagsfraktion Thüringen
z.H. Fraktionsvorsitzenden Christoph Matschie
Jürgen-Fuchs-Str. 1

099096 Erfurt

Gößnitz, den 16.10.2008
e-mail: Bratex@t-Online.de

**Betr.: Meine Nachrichten vom 18.08./25.09.2008 zum Thema:
Ruinöse Abgaben/Straßenausbaubeiträge auf Westniveau ohne
Berücksichtigung der Einnahmesituation und
Lebensumstände/Bedingungen**

Sehr geehrter Matschie,

anbei liegendes Schreiben erhielt ich als Antwort auf meine Schreiben vom 18.08. und 25.09.2008 an Sie.

Ich möchte mich für dieses Schreiben, welches sehr informativ ist bedanken.

Leider wird aber auf die akute Problematik, nämlich bevorstehende Straßenausbaubeiträge auf Westniveau, ohne Berücksichtigung der Einnahmesituation, bzw. finanziellen Leistungsfähigkeit der Bürger im Armenhaus Thüringens und Deutschlands und deren Lebensumstände und - Bedingungen nicht eingegangen.

Die SPD- Fraktion sitzt im Landtag, auch wenn sie nicht die Regierung stellt. Und genau dort soll und muss eine konkrete Lösung gefunden werden, bzw. unmittelbar Einfluß genommen werden. Worum ich hiermit erneut dringlichst und konkret bitten möchte. Versprechen helfen nicht weiter.

Ansonsten bitte ich um Beantwortung bzw. Klärung meiner Anfrage im Landtag, woher Thüringer Bürger das Geld für Bürgersteige an Bundestrassen nehmen sollen, ohne die eine Stadt auf Grund des nur mit Autobahnverkehr vergleichbaren Verkehrs gar nicht funktionsfähig wäre.

Und zwar auf der Basis von 40 Jahren Sanierungsstau an ihren Häusern, hohen Kreditaufnahmen für die notwendigsten Modernisierungen, ohne irgendwelche Rücklagen aus DDR- Zeiten und den niedrigsten Löhnen in ganz Deutschland, präkären Arbeitsverhältnissen, höchster Arbeitslosigkeit, die auch noch im Armenhaus Thüringens, nämlich im Altenburger Land wohnen und deren Gebäude nunmehr weiteren enormen Schäden ausgesetzt sind. Deren Grundstücke durch die Lage an einer Bundesstraße jeden Wert verloren haben und kaum noch bewohnbar, bzw.

Das ist ein Computerfax und auch ohne eigenhändige Unterschrift gültig. Sollte etwas unlesbar sein - bitte rufen Sie zurück Tel. 034493 31239. Achtung: Faxempfang ist nur nach Aufforderung möglich.

verwertbar sind, deren Gesundheit und Lebenserwartung durch unerträgliche Lärm-, Abgas, Staub und Dreckbelastung geschädigt wird, deren Eigentum und Einkommensmöglichkeit vernichtet wird und die nun auf den Krediten sitzen bleiben, da eine Vermietung und Verwertung ihres Eigentums nicht mehr möglich ist.

Woher bitte soll unter diesen Umständen eine finanzielle Leistungsfähigkeit kommen, die aus einer bayerischen Satzung auf Thüringen übertragen wurde und die in der Höhe von bayerischen Einkommensverhältnissen und Rücklagemöglichkeiten, sowie Verwertungs- und Vorteilsverhältnisse auf Thüringen übertragen wurden?

Die unterschiedliche Geschichte, die Lebensverhältnisse und die Entwicklung, die Schäden und der Verlust an Eigentum, Gesundheit und Leben und die folterähnlichen Lebensbedingungen, Einkommensausfälle und hohen Schulden werden noch als „Vorteil“ unterstellt!

Die Folgen der Energiekrise, der Bankenkrise, der Lebensmittelteuerung und der bevorstehenden Rezession möchte ich noch erwähnen.

Abgesehen davon, war z.B. mein Haus und Grundstück bereits 4 Mal in den letzten Jahren von Kraftfahrzeuganprallen mit hohem Schaden betroffen. Es besteht also auch noch akute Gefahr. Dazu kommen mehrfache Fahrradpralle an die Fassade meines Hauses, da der Gehweg von Radfahrern genutzt wird denen die Straße zu gefährlich ist.

Wo ist hier ein Vorteil und wieso werden Hauseigentümer in Thüringen schlimmer bestraft als so mancher Schwerverbrecher oder z.B. die Verursacher der Bankenkrise mit Schaden für das ganze Land? Wieso werden unsere Grundrechte auf Gesundheit, Leben und Eigentum mit Füßen getreten und wo bleibt unsere Interessenvertretung, auch vor dem Bundesrat?

Ich bitte um dringend Tätigwerdung, bzw. Stellungnahme der SPD-Fraktion.

Mit freundlichen Grüßen

Irina Brater

Irina Brater
Zwickauerstraße 49
04639 Gößnitz / Thr.

Tel. 034493-31239/Fax 31856

Irina Brater - Zwickauerstraße 49 - 04639 Gößnitz / Thr

per Fax und E-Mail
Thüringer Landtag
z.H. Vizepräsidentin
Frau Dr. Birgit Klaubert

Erfurt

Gößnitz, den 26.10.2008
e-mail: Bratex@t-Online.de

***Betr.: Meine Anfrage /Bitte vom 29.09.2008 zur Aufnahme eines
Themas in die Beratungen des Thüringer Landtages***

Sehr geehrter Frau Dr. Klaubert

auf mein o.g. Schreiben habe ich leider von Ihnen keine Rückantwort erhalten.

Daher bitte ich Sie hiermit das Thema:

Satzungen, die nach Bundesdeutschen Einkommensverhältnissen, Gegebenheiten, Verhältnissen, Möglichkeiten, sowie Vorteilen auf die neuen Bundesländer übertragen werden, ohne dass die hier herrschenden Einkommensverhältnisse, die unterschiedliche Geschichte, die vorliegenden Bedingungen, die fehlende finanzielle Basis, der Sanierungsstau aus 40 Jahren DDR, der Leerstand, verlorene Einkommen und Schäden durch unzumutbare Verkehrszunahme und die fehlende Möglichkeit überhaupt so viel Geld zu verdienen, wie durch dieses Satzungen hier gefordert werden - auf die Themenliste des Landtages zu setzen.

Durch die fehlende Vertretung unserer Interessen und Beachtung unserer Lebensverhältnisse gegenüber dem Gesetzgeber und dem Bundesrat, verlieren die Bürger das Letzte was sie hier noch gehalten hat und ihre einzige Altersvorsorge und werden endgültig ruiniert und aus ihrer Heimat vertrieben.

In der Zeit der Bankenkrise, der Energiekrise, der Lebensmittelkrise, einer bevorstehenden Rezession und dem totalen Wertverlust unserer Grundstücke, hoher Schäden an der Bausubstanz, Verlust der Vermietbarkeit und Verlust jeglicher Wohn- und Lebensqualität durch unerträgliche Verkehrsbelastung und Schäden durch Unfälle an Haus und Grundstück, sollen wir nunmehr tausende Euro für Bürgersteige und weitere bevorstehende Abgaben aufbringen, die mit den hier erzielbaren Einkommen und den hier herrschenden Bedingungen nicht aufzubringen sind.

Das ist ein Computerfax und auch ohne eigenhändige Unterschrift gültig. Sollte etwas unlesbar sein - bitte rufen Sie zurück Tel. 034493 31239. Achtung: Faxempfang ist nur nach Aufforderung möglich.

Daher bitte ich erneut und dringendst um Hilfe und Erörterung dieses Themas im Landtag da entgegen der Verfassung hier eine Enteignung stattfindet!

In Erwartung Ihrer geschätzten Rückantwort verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Irina Brater

**Brater
Zwickauerstraße 49
04639 Gößnitz / Thr.**

Tel. 034493-31239/Fax 31856

Irina Brater - Zwickauerstraße 49 - 04639 Gößnitz / Thr

per E-Mail

OTZ

z.H. Frau Borat

Gößnitz, den 04.12.2008
e-mail: Bratex@t-Online.de

Betr.: Offener Brief an den Ministerpräsidenten und die Landesregierung

Sehr geehrte Frau Borat,
wie eben telefonisch besprochen übersende ich Ihnen meinen offenen Brief an den Ministerpräsidenten und unsere Volksvertreter zum Thema Abgabepolitik in Thüringen und finanzielle Überforderung der Bürger. Ich bitte um Überprüfung der Möglichkeit der Veröffentlichung in der Schmöllner und Erfurter Ausgabe und verbleibe bis zu Ihrer geschätzten Rückantwort

Mit freundlichen Grüßen

Irina Brater

**Irina Brater
Zwickauerstraße 49
04639 Gößnitz / Thr.**

Tel. 034493-31239/Fax 31856

Irina Brater - Zwickauerstraße 49 - 04639 Gößnitz / Thr

Gößnitz, den 03.12.2008
e-mail: Bratex@t-Online.de

***Betr.: Offener Brief an den Ministerpräsidenten Dieter Althaus,
die Fraktionen im Thüringer Landtag und die Landesregierung zur
ruinösen Abgabepolitik im Armenhaus Deutschlands, in Thüringen,
und fehlende Interessenvertretung der Thüringer durch die
Landesregierung***

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren
gewählte Volksvertreter und Minister,
meine Anfragen zu den von der thüringer Abgabepolitik aufgeworfenen
Fragen und Problemen, hier Straßenausbaubeiträge an Bundesstraßen,
wurden von Ihnen entweder gar nicht (PDS) oder ausweichend, aber nicht
konstruktiv beantwortet. Die Probleme wurden nicht in Bearbeitung
genommen und fanden kein ausreichendes Interesse.

Stattdessen wurde meine Anfrage ohne Beachtung des Datenschutzes von
Amt zu Amt und von Behörde zu Behörde weiter geschoben, von
Schreibtisch zu Schreibtisch, weg von den politischen
Entscheidungsträgern, hin zu Ämtern die an den bestehenden Missständen
und den Verletzungen der Grundrechte der Bürger garantiert nichts
ändern können und die weder einen Amtseid geleistet haben, ihre Arbeit
dem Wohle der Bevölkerung Thüringens zu widmen, noch für die
Interessenvertretung der Bürger im Bundesrat verantwortlich sind.
Daher möchte ich hiermit diese Fragen an Sie offen und für alle
Betroffenen zugänglich stellen:

Seit vielen Jahren werden von Ihnen, insbesondere von unserem
Ministerpräsidenten Herrn Dieter Althaus Niedrig- und Niedrigstlöhne
in Thüringen als Standortvorteil für die Unternehmen angepriesen.

Wie aber kommen Sie bitte auf die Idee, dass wir aus diesen Einkommen
eine finanzielle Leistungsfähigkeit haben könnten oder sollten um
Abgaben leisten zu können wie die Bürger im Hochlohnland Bayern, die
aus deren von Thüringen übernommener Mustersatzung resultieren?

Wir kämpfen hier in Thüringen seit der Wende mit einer der höchsten
Arbeitslosigkeit in Deutschland, insbesondere auch im Altenburger
Land, mit unsicheren und prekären Arbeitsverhältnissen, haben die
niedrigsten Einkommen, wenn überhaupt Einkommen erzielt werden kann,

Das ist ein Computerfax und auch ohne eigenhändige Unterschrift gültig. Sollte etwas unlesbar sein - bitte rufen Sie
zurück Tel. 034493 31239. Achtung: Faxempfang ist nur nach Aufforderung möglich.

kleine Renten aus den niedrigen DDR-Einkommen, wir haben keine Rücklagen aus fetten Jahren in der DDR bilden können, noch werden wir das heute können und die Angleichung von Löhnen, Renten und Lebensverhältnissen werden viele gar nicht mehr erleben. Stattdessen haben wir aus DDR-Zeiten einen Sanierungsstau von 40 Jahren zu bewältigen, was hohe Kreditbelastungen bedeutet und wo an Bundesstraßen nunmehr durch die enorme Verkehrszunahme keine Einnahmen mehr dagegen stehen.

Dagegen haben wir zusätzlich mit hohen Schäden an Gebäuden und Anlagen durch den Schwerlastverkehr zu kämpfen. Zusätzlich zu Unfallschäden an Häusern und Zäunen, totalen Wertverlusten der Grundstücke und Gebäude, Entvölkerung und fortschreitendem Verfall, sowie nunmehr mit Finanzkrise, Energiekrise, Rezession und weiterer Inflation, sowie sinkenden Realeinkommen.

Wo bitte sehen Sie für uns „Vorteile“, die in irgend einer Weise auch nur im Entferntesten mit Vorteilen die in Bayern oder auf bundesdeutschen Gebieten vorhanden sind, vergleichbar wären, oder auch nur die Möglichkeit aus den hier vorhandenen Einkommen derartige Belastungen für die Allgemeinheit tragen zu müssen oder zu können?

Das Altenburger Land ist das Armenhaus Thüringens, so wie Thüringen das Armenhaus Deutschlands ist. Hier wird teilweise noch nicht einmal die Hälfte dessen verdient, was in Bayern an Löhnen gezahlt wird und das bei deutlich längeren Arbeitszeiten in Thüringen.

Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bleibt auch davon nur noch die Hälfte wovon trotz Sozialversicherungen immer mehr zugezahlt, bzw. selbst getragen oder nochmals versichert werden muss, da die Sozialsysteme immer mehr ausgehöhlt wurden, bzw. mehr Leistungen ausgegliedert werden als gewährt werden.

Danach werden aber immer noch ca. 200 weitere Steuern fällig unter anderem die Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Versicherungssteuer, Energiesteuer, und so weiter und so weiter; Zuschläge wie der Solibetrag, immer neue Gebühren für die kommunale Verwaltung, Ämter und Behörden, die sowieso schon von unseren Steuergeldern bezahlt werden und sich für ihre Leistungen und auch Nichtleistungen noch weitergehend bezahlen lassen.

Diese Leistungen sind für uns so schon nicht mehr finanzierbar. Eine zusätzliche Altersversorgung ist bei diesen Einkommen und Belastungen gar nicht mehr drin um künftige Rentenzahlungen die aus diesen geringen Einkommen dann nochmals auf nur noch 46 % bis 2025 gesenkt werden sollen abfangen zu können.

Für viele ist das Haus oder Grundstück die einzige Altersvorsorge, was ja auch offiziell so von der Bundesregierung beworben und anerkannt wird.

Wieso werden dann die Grundstückseigner durch die Abgabenpolitik in Thüringen, die von der Leistungsfähigkeit des reichsten Bundeslandes und seiner Bürger, einfach auf die nicht vorhandene finanzielle Leistungsfähigkeit der Thüringer Bürger übertragen wurde, dadurch enteignet, dass die Geschichte der neuen Bundesländer, die Entwicklung von Löhnen, Gehältern, Renten und Lebensumständen, sowie die Lebensbedingungen die hier herrschen einfach negiert werden. Und die betroffenen Bürger somit ihrer Altersversorgung und ihres Eigentums

beraubt werden indem die infrastrukturellen Aufgaben, die die politische Wende und die wirtschaftlichen Anforderungen des

kapitalistischen Systems an die Verkehrswege stellen, privatisiert werden.

Wo bleibt die Vertretung unserer Interessen im Bundesrat?

Wieso werden wir als Grundstückseigner, die zusätzlich zu den hohen Schäden die uns durch den bisher unterlassenen weiteren Ausbau der Bundesstraße nach Fertigstellung des Projektes vor über 10 Jahren auf sächsischer Seite entstanden sind, noch zusätzlich schlimmer bestraft als so mancher verurteilte Straftäter?

Mit der derzeitigen Abgabepolitik und damit verbundener Enteignung der Grundstückseigner wird die weitere Abwanderung noch beschleunigt und der weitere Leerstand und Verfall Thüringens voran getrieben, da mit dieser Politik hier ein flächendeckendes Gebiet auf dem Niveau von Harz IV, bzw. noch darunter geschaffen wird.

Haben sich unsere gewählten Volksvertreter und unsere Regierung mittlerweile, auch ob hoher Einkommen und Privilegien, so weit von der Basis der Bevölkerung entfernt, dass eine Interessenvertretung der thüringer Bürger nicht mehr gewährleistet wird?

Z.B. liegt die Rückkehr oder Verschärfung eines Überwachungsstaates ganz bestimmt nicht im Interesse der Bürger. Die größte Gefahr für die Bürger geht zur Zeit nicht von Terroranschlägen aus.

Was werden Sie gegen die Verletzung unserer Grundrechte tun, wie werden Sie unsere Interessenvertretung in Zukunft gewährleisten? Wie wollen Sie weitere Schäden und Benachteiligungen für uns verhindern und einen weiteren Abwärtstrend durch Abwanderung und Verfall durch finanzielle Überforderung und weitere Enteignungen stoppen?
Ich bitte hiermit um konstruktive Lösungen!

Irina Brater